

**Ä1** Soziale Kämpfe in die Parlamente

Antragsteller\*in: Natalie Sperl, Luzie Pfeil

**Änderungsantrag zu L1**

**Von Zeile 84 bis 88:**

politische Zukunft kaum mitbestimmen. Wir wollen die Altersdiskriminierung im Wahlrecht abschaffen und fordern kurzfristig die Absenkung auf ~~16~~14 Jahre und langfristig die Abschaffung eines Mindestwahlalters und stattdessen die Einführung eines Wahlscheins, den alle Menschen unter ~~16~~14 Jahren beantragen können. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für Jugendprojekte vor Ort, damit

## Ä1 Dekolonialisierung von Naturschutz

Antragsteller\*in: Fabian Schmidt (GJ Lahn-Dill)

### Änderungsantrag zu A6

#### Von Zeile 1 bis 13:

~~Der Kampf~~Die Kämpfe gegen die Biodiversitäts- und Klimakrise ~~ist eine der~~sind die größten Aufgaben ~~für unsere~~unserer Generation. Der Klimawandel trifft die Menschen am härtesten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Für uns ist klar: Klimagerechtigkeit darf keine leere Worthülse bleiben. Sowohl Natur- als auch Klimaschutz ~~und Menschenrechte~~ müssen immer stets mit Menschenrechten konsequent zusammen gedacht werden. ~~Es gibt eine Vielzahl an Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die Klimakrise einzudämmen. Alle politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger\*innen sind in der Verantwortung dies umzusetzen und dafür zu sorgen, dass das 1,5 Grad-Ziel eingehalten wird.~~ Dabei ~~darf~~dürfen jedoch internationaler Natur- und Klimaschutz nicht koloniale Machtstrukturen verfestigen. Auf der nächsten IUCN Konferenz soll ein neues Rahmenwerk zum Erhalt der Biodiversität (Global Biodiversity Framework, GBF) beschlossen werden. In diesem Rahmen wird, das auch von Deutschland unterstützte Ziel formuliert, dass 30% der Erde bis zum Jahre 2030

#### Von Zeile 17 bis 19:

Gemeinschaften führen wird. Die Idee des sogenannten Festungsnaturschutzes, sowie die zunehmende Militarisierung von Naturschutz basieren ten auf kolonialen und rassistischen Annahmen. Die Regionen mit der größten Artenvielfalt weltweit sind

#### Von Zeile 26 bis 34:

Wir als GRÜNE JUGEND Hessen ~~distanzieren uns von der in dieser Form gestellten Forderung des 30% Ziels~~lehnen einen Natur- und Klimaschutz, welcher koloniale Kontinuitäten reproduziert, klar ab und machen klar deutlich, dass echter Klimaschutz Schutz von Klima und biologischer Vielfalt nur gemeinsam mit den Menschen und indigenen Gemeinschaften funktioniert. Wir fordern daher, dass das 30%-Ziel des GBF durch strenge Schutzklauseln für Indigene und andere vom Land abhängige Gemeinschaften flankiert wird. Die Einhaltung der Regeln ist dabei von unabhängigen Stellen kontinuierlich zu evaluieren, die Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung durch die Ausweisung von Schutzgebieten wissenschaftlich zu überprüfen. Die konsequente Dekolonialisierung von Natur- und Klimaschutz, sowie die Überprüfung aller Klimaschutzmaßnahmen ~~Maßnahmen~~ auf koloniale Kontinuitäten und der Anpassung ~~der Maßnahmen~~dieser sind grundlegend. Zudem bekräftigen wir den Ansatz der Sustainable Development Goals, vor Ort mit Klimaschutz anzufangen. Wir bekennen uns zum 1,5 Grad Ziel und genau deswegen ist es für uns elementar, dass Naturschutz, Klimaschutz und Menschenrechte konsequent zusammengedacht werden.

### Begründung

Globaler Naturschutz krankt immernoch an kolonialen Kontinuitäten, daher ist der Antrag richtig und wichtig.

Jedoch spricht der Antrag fast ausschließlich von Klimaschutz, wobei der GBF in erster Linie eine Antwort auf die Krise der Biodiversität und nicht die des Klimas ist. Das Artensterben und der Schwund der Vielfalt stehen dabei im Mittelpunkt, Naturschutz und Klimaschutz sind nicht immer per se als deckungsgleich zu

erachten. **Es muss daher im Antrag deutlich werden, dass es in erster Linie um den globalen Naturschutz und seine Folgen geht.**

Außerdem ist das pauschale Ablehnen des 30%-Ziels für das neue Rahmenwerk zum Schutz der biologischen Vielfalt nicht der richtige Weg, um Naturschutz und Menschenrechte in Einklang zu bringen.

**Vielmehr bedarf es konkreter, das Ziel flankierender Maßnahmen zum Schutz der lokalen Bevölkerung und dem Abbau kolonialer Kontinuitäten.**

**Ä1** Abschaffung des Mindestbeitrags für Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 09.04.2021

Titel

**Ändern in:**

Politik darf nicht vom Geldbeutel abhängen! Abschaffung des Mindestbeitrags für Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen

**Änderungsantrag zu A9**

**Von Zeile 3 bis 5:**

Die GRÜNE JUGEND Hessen setzt sich auf ~~der nächsten Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen~~ allen Ebenen dafür ein, dass der in der Finanzordnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für Kreisverbände festgesetzte Mindestbeitrag für Parteimitglieder von monatlich 6 €

**Von Zeile 10 bis 14:**

verweisen, nicht aber auf einen Mindestbeitrag. Die Abgaben der Kreisverbände an den Landes- und Bundesverband in Höhe von 6,5005 € pro Mitglied und Monat sind weiterhin zu kommunizieren. Bei Kreisverbänden, welche einen wesentlichen Anteil an Mitgliedern haben, die nur einen Mitgliedsbeitrag von 6€ oder weniger leisten können oder wollen, soll der Landesverband die Abführung nach Absprache mit dem Landesfinanzrat reduzieren. Aktive Alle Mitglieder werden von ihren Kreisverbänden einmal jährlich darauf hingewiesen, ihren Mitgliedsbeitrag an die 1 %-Regelung anzupassen.

**Ä1** Jungen Stimmen ein Gehör verschaffen- Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.04.2021

Änderungsantrag zu A10

**Von Zeile 5 bis 8:**

Auch bei der Kommunalwahl im März traten mehr junge Menschen auf den Listen an als je zuvor. Damit die Gesellschaft in den bei der Vergabe der Stimmen der Wähler\*innen auch gerecht vertreten ist, fordern wir, dass das Wahlalter des aktiven und passiven Wahlrechts schnellstmöglichst und auf ~~16~~allen Ebenen auf 14 Jahre abgesenkt wird.

**Ä2** Jungen Stimmen ein Gehör verschaffen- Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 08.04.2021

Titel

**Ändern in:**

Jungen Stimmen ein Gehör verschaffen- Abschaffung des Wahlalters

**Änderungsantrag zu A10**

**Von Zeile 7 bis 8 einfügen:**

gerecht vertreten ist, fordern wir, dass das Wahlalter des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre abgesenkt wird. Mittelfristig fordert die GRÜNE JUGEND Hessen die Abschaffung eines Mindestwahlalters sowie die Einführung eines Eintragungswahlrechts, da das Alter alleine kein geeigneter Maßstab der Fähigkeit zur politischen Meinungsbildung ist.